

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Sven Lehmann, Denise Loop, Till Steffen, Misbah Khan,
Dr. Anja Reinalter, Ulle Schauws, Nyke Slawik, Schahina Gambir und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Jungen- und Männerpolitik der Bundesregierung

Die Frage, was Männlichkeit heute bedeutet, steht verstärkt im Zentrum gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen. In der sogenannten „Manosphere“ werden traditionelle Rollenbilder propagiert, die auf Dominanz, Kontrolle und der Abwertung von Gleichberechtigung beruhen. Diese Erzählungen bieten einfache Antworten auf gesellschaftliche Veränderungen und stellen zugleich demokratische und emanzipatorische Fortschritte infrage (www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/555723/autoritaer-rechtemaennlichkeiten/). Zugleich zeigen aktuelle internationale Studien, dass sich insbesondere junge Männer verstärkt autoritären Positionen zuwenden (www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/geschlechterrollen-maenner-gen-z-konservativ-traditionell-100.html). Antifeminismus und traditionelle Geschlechterrollen werden dabei gezielt als politische Mobilisierungsstrategie genutzt und dienen mitunter als Einstieg in demokratiefeindliche und menschenverachtende Ideologien. Rechtsextreme knüpfen gezielt an Männlichkeitsbilder an und sprechen junge Männer über Kampfsport, Fitness oder Gaming an.

Diese Entwicklungen fallen in eine Zeit tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen. Arbeitswelt, Familienmodelle und der Wunsch nach einer gerechteren Verteilung von Sorgearbeit wandeln sich. Gleichzeitig verändern sich auch die Erwartungen an Männer. Viele erleben diese Entwicklungen als Chance, andere als Verunsicherung und suchen nach Orientierung zwischen unterschiedlichen und teils widersprüchlichen gesellschaftlichen Erwartungen (www.diw.de/de/diw_01.c.908180.de/publikationen/wochenberichte/2024_29_1/aufteilung_von_erwerbs_und_sorgearbeit_bei_eltern__wunsch_und_wirklichkeit_liegen_teils_weit_auseinander.html).

Eine moderne Gleichstellungspolitik muss alle Geschlechter gleichermaßen in den Blick nehmen. Jungen und Männer haben dabei eigene gleichstellungspolitische Herausforderungen und Bedürfnisse. Dazu gehören insbesondere die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit, die Rolle von Männern als Väter und pflegende Angehörige, die Prävention von Gewalt, bei der Männer sowohl die Hauptausübenden als auch Opfer sind, sowie geschlechtsspezifische Fragen von Bildung und Gesundheit.

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD verschreibt sich dem grundlegenden Ziel einer „Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleichberechtigt und respektvoll miteinander leben“. Dazu wird im Koalitionsvertrag unter anderem eine Reform des Elterngeldes mit dem Ziel von „mehr Väterbeteiligung in alleiniger Verantwortung“ angekündigt. Zugleich verfolgt die Bundesregierung mit der Strategie zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt

gegen Frauen und häuslicher Gewalt 2025 bis 2030 verschiedene Maßnahmen der Gewaltprävention und Männerarbeit.

Bundesfamilienministerin Karin Prien hat in verschiedenen öffentlichen Äußerungen deutlich gemacht, dass die Bundesregierung bei der Gleichstellungspolitik Männer in den Blick nehmen wolle und insbesondere die Bedürfnisse junger Männer ernstgenommen werden müssten (z. B. www.zdfheute.de/politik/deutschland/prien-bildungsministerin-junge-maenner-extremismus-100.html). Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche konkreten Maßnahmen die Bundesregierung hierzu umgesetzt hat und künftig plant.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche gleichstellungspolitischen Ziele verfolgt die Bundesregierung speziell mit Blick auf Jungen und Männer und welche konkreten Maßnahmen und Programme hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode begonnen, umgesetzt und welche sind für die laufende Legislaturperiode geplant?

Mit welchen Finanzmitteln wurden diese Maßnahmen haushälterisch unterlegt (bitte aufschlüsseln nach Haushaltstiteln und Haushaltsjahr)?

2. Verfügt die Bundesregierung über eine übergreifende Strategie oder ein ressortübergreifendes Konzept für Jungen-, Männer- und Väterpolitik und wenn ja, welche inhaltlichen Ziele sind mit einer entsprechenden Strategie verbunden?

Falls nein, plant die Bundesregierung die Entwicklung einer solchen Strategie, und wenn ja, bis wann und wenn nein, warum nicht?

3. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung einer partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Müttern und Vätern zu, welche konkreten Ziele hat sie sich hierfür gesetzt und wie will sie diese erreichen?
4. Wie hat sich seit 2015 pro Jahr der Anteil der Väter entwickelt, die
 - a) Elternzeit nehmen,
 - b) mindestens zwei Monate Elternzeit nehmen,
 - c) länger als zwei Monate Elternzeit nehmen und
 - d) länger als sechs Monate Elternzeit nehmen,
 - e) den Höchstbetrag des Elterngeldes beziehen?
5. Wie hat sich seit 2015 pro Jahr der Anteil der Väter entwickelt, die
 - a) Elterngeld in Anspruch nehmen,
 - b) mindestens zwei Monate Elterngeld in Anspruch nehmen
 - c) länger als sechs Monate Elterngeld in Anspruch nehmen und
 - d) ElterngeldPlus in Anspruch nehmen,
 - e) sowie den Partnerschaftsbonus in Anspruch nehmen?
6. Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, welche Faktoren Väter davon abhalten, länger Elternzeit zu nehmen bzw. Sorgearbeit in größerem Umfang zu übernehmen?
Welche politischen Vorhaben und Maßnahmen leitet sie hieraus ab?
7. Welchen Effekt erwartet die Bundesregierung von der Reform des Elterngeldes mit Blick auf die Inanspruchnahme des Elterngeldes durch Väter und wird hierbei eine Veränderung der Monate im Parallelbezug beabsich-

tigt (www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/prien-kuerzungen-elterngeld-100.html)?

8. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, wie sich eine längere Inanspruchnahme der Elternzeit von Vätern auf
 - a) die spätere Aufteilung der Sorgearbeit zwischen den Elternteilen,
 - b) die Erwerbsarbeitszeit beider Elternteile,
 - c) die Erwerbsbiografie und das Einkommen der Mütter und
 - d) die Erwerbsbiografie und das Einkommen der Väter auswirkt?
9. Wie hoch ist der Anteil der Männer, die nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell regelmäßig unentgeltliche Pflege- oder Sorgetätigkeiten für Angehörige übernehmen, und wie hat sich dieser Anteil in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?
10. Wie hoch ist der Anteil der Männer, die aufgrund der Übernahme von Pflege- oder Sorgetätigkeiten ihre Arbeitszeit reduzieren, in Teilzeit wechseln, ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen oder ihre Erwerbstätigkeit vollständig aufgeben?
11. Wie bewertet die Bundesregierung die Einführung einer Familienstartzeit nach Geburt des Kindes zur Förderung der partnerschaftlichen Aufteilung der Sorgetätigkeit?
Plant sie die Einführung einer Familienstartzeit und wenn nein, warum nicht?
12. Welchen konkreten Zeitplan verfolgt die Bundesregierung für die im Koalitionsvertrag vereinbarte Zusammenführung des Pflegezeitgesetzes und des Familienpflegezeitgesetzes einschließlich der Flexibilisierung der Freistellungsansprüche und der Erweiterung des Kreises der Angehörigen?
13. Wie ist der aktuelle Stand der Prüfung zur perspektivischen Einführung eines Familienpflegegeldes, insbesondere hinsichtlich der Ausgestaltung, der Anspruchsvoraussetzungen und der möglichen Finanzierung?
14. Welche gleichstellungsorientierten Beratungsangebote und Projekte für Jungen und Männer wurden innerhalb der vergangenen 5 Jahre von der Bundesregierung gefördert oder durchgeführt, die darauf abzielen, mit Jungen und Männern über Geschlechterrollen, Gleichstellung, Männlichkeitsbilder, Vaterschaft oder Gewaltprävention ins Gespräch zu kommen (bitte Projekte und Fördermittel einzeln pro Jahr auflisten)?
15. Welche Zielgruppen werden mit diesen Beratungsangeboten und Projekten insbesondere angesprochen, und in welchem Umfang richten sie sich an
 - a) Jungen im schulpflichtigen Alter,
 - b) männliche Jugendliche und junge Erwachsene,
 - c) Väter und werdende Väter sowie
 - d) Männer in besonderen Krisen- oder persönlichen Belastungssituationen?
16. Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Wirksamkeit gleichstellungsorientierter Beratungsangebote für Jungen und Männer vor, insbesondere hinsichtlich der Veränderung von Einstellungen zu Geschlechterrollen, Gleichstellung und der Übernahme von Sorgeverantwortung?

17. Welche aktuellen Ziele verfolgt die Bundesregierung im Bereich der Gewaltprävention mit Blick auf Jungen und Männer, insbesondere der Förderung gewaltfreier Konfliktlösungsstrategien, und wie erfolgt die Koordination zwischen Angeboten der Landes- und der Bundesebene?
18. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der Jungen- und Männerpolitik im Rahmen ihrer Gesamtstrategie zur Prävention und Bekämpfung häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt bei?
19. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung den rahmenvereinbarten Trägerorganisationen im Rahmen des Kinder- und Jugendplans bei der Jungen- und Männerpolitik bei?
20. Plant die Bundesregierung eine Kampagne zur Gewaltprävention und für gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien, die sich gezielt an Jungen und Männer richtet?
Wenn ja, wird diese auch digitale Medien in den Fokus nehmen?
Wenn nein, warum nicht?
21. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über das Ausmaß von Gewalt in jugendlichen und jungen Paarbeziehungen („Teen-Dating-Violence“) in Deutschland vor?
22. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über den Zusammenhang zwischen dem Erleben oder Ausüben von Gewalt in jugendlichen Paarbeziehungen und späterer Gewalt in erwachsenen Partnerschaften vor?
23. Wie erklärt und bewertet die Bundesregierung den „Gender Education Gap“ bei formalen Bildungsabschlüssen in Deutschland (vgl. www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/08/PD26_N059_212.html) und mit welchen Maßnahmen versucht sie, geschlechtsspezifische Unterschiede bei Bildungsabschlüssen zu verringern?
24. Verfolgt die Bundesregierung das Ziel, mehr Männer für pädagogische Berufe in den Bereichen Erziehung, Grundschule und Sozialpädagogik zu gewinnen und falls ja, welche konkreten Maßnahmen (beispielsweise gezielte Berufsorientierungsprogramme) ergreift sie hierzu?
25. Welche Förderprogramme des Bundes richten sich derzeit ausdrücklich oder mittelbar an Jungen beziehungsweise junge Männer, die beispielsweise von Bildungsbenachteiligungen oder einem erhöhten Risiko des Schulabbruchs betroffen sind?
26. Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich der Anfälligkeit für unterschiedliche Formen von Extremismus zwischen männlichen und weiblichen Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen vor?
Welche politischen Maßnahmen leitet sie hieraus ab?
27. Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über den Zusammenhang zwischen bestimmten Männlichkeitsvorstellungen und der Hinwendung zu extremistischen und demokratiefeindlichen Ideologien vor?
28. Welche Programme und Projekte hat die Bundesregierung zur Prävention vor extremistischen und demokratiefeindlichen Ideologien bei Jugendlichen und Männern in den vergangenen fünf Jahren gefördert und welche dieser Projekte verfolgen einen geschlechterreflektierten Ansatz (bitte nach Projekt und Fördersumme pro Jahr aufschlüsseln)?

29. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass geschlechterreflektierte Projekte der Extremismusprävention, insbesondere im Bundesprogramm „Demokratie leben!“, über die laufende Förderperiode hinaus verlässlich finanziert werden?
30. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung insbesondere in digitalen Räumen, in denen Jugendliche und Männer über soziale Medien, Influencer und Gaming-Plattformen mit extremistischen, demokratiefeindlichen oder gewaltverherrlichenden Inhalten in Kontakt kommen können?
31. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, inwieweit Online-Angebote und Influencer mit antifeministischen, frauenfeindlichen oder autoritär geprägten Männlichkeitsbildern zur Radikalisierung von Jugendlichen und Männern beitragen können?
32. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung und den Sicherheitsbehörden des Bundes über die sogenannte „Incel“-Szene und dem damit verbundenen Antifeminismus als Brückennarrativ zum Rechtsextremismus vor?
33. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über internationale Entwicklungen bei Radikalisierungs- und Extremismustendenzen bei Jungen und Männern vor, insbesondere über grenzüberschreitend verbreitete Narrative, digitale Subkulturen und antifeministische oder autoritär geprägte Männlichkeitsbilder?
34. In welchen internationalen oder europäischen Projekten und Kooperationen mit anderen Staaten, der Europäischen Union oder internationalen Organisationen arbeitet die Bundesregierung zusammen, um Radikalisierung und der Verbreitung von antifeministischen sowie autoritär geprägten Männlichkeitsbildern unter Jungen und Männern vorzubeugen?

Berlin, den 12. Oktober 2026

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.